

# Zur neuen Siedlung in Ruanda: Imidugudu, Armut und politische Entwicklung / Akagera-Rhein e.V

1. Einführung	1
2. Der Zusammenhang zwischen Imidugudu und Armut	2
2.2 Die sozialen Ungleichheiten	5
2.3 Die Wahrheit über die Privatisierung und die imidugudu	6
2.4 Die Bereicherung auf Kosten der ländlichen Bevölkerung in der Region der Großen Seen Afrikas	8
3 Kann man eine sozio-ökonomische Entwicklung in Ruanda ohne Demokratie anstreben?	
3.1 Aktuelle politische Tendenz	13
3.2 Die Lehren der Geschichte	13
3.3 Die Nicht-Respektierung des Protokolls von Arusha und der Demokratisierungsprozess	15

## 1. Einführung

Ein System der Verdörflichung (IMIDUGUDU) wurde gegen den Willen der Bevölkerung ins Leben gerufen. Die Verwaltung der Wiederansiedlung der Bauern war ungerecht und hat die sozialen Unterschiede noch verstärkt. Innerhalb dieses Systems ist es dem Bauern nicht mehr möglich, seine Felder zu bebauen, er ist gezwungen, sich der Abhängigkeit und Bettelei zu unterwerfen.

Allerdings, um Frieden und nationale Stabilität und Wirtschaftswachstum zu sichern, wurde das System zur Umgruppierung von Bauern (IMIDUGUD) mit dem Einverständnis einiger Mächte und akzeptiert, es ging aber auch den bereits begonnen Prozess von ARUSHA über die Demokratisierung fortzuführen.

Im Bezug auf die Geschichte hatte Ruanda gute Phasen sozio-ökonomischer Entwicklung nur unter Zeiten der Demokratisierung oder guter nationaler Politik gekannt. Hier können wir als Beispiel das Ruanda der Jahre 1962 bis 1968 aufführen, oder das Ruanda, welches unter der Herrschaft von MUTARA III Rudahigwa stand.

Letztendlich kann Entwicklung, in Ruanda ebenso wie woanders, dann ins Auge gefasst werden, wenn das Volk frei ist, wenn die Machthaber ehrenhaft und kompetent sind, wenn die Regeln des Teilens des nationalen „Kuchens“ zusammengetragen und transparent sind. Das will heißen, dass die Verhinderung der Errichtung eines Rechtsstaates oder einer integralen Demokratie, nichts weiter als ein politisches Manöver ist, um das Volk in Unterdrückung und Elend zu belassen.

## 2. Der Zusammenhang zwischen Imidugudu und Armut

Da 90% der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, sollte die Wirtschaftspolitik im ruralen Gebiet auf die Interessen der Kleinbauern ausgerichtet sein und deren Einkommen unbedingt erhöht werden. Privatisierung und die Erschaffung des imidugu stehen dabei im Mittelpunkt der Politik des Regimes der R.P.F. Dieses Ziel wäre begrüßenswert, wenn dadurch die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung verbessert würden.

In einer in Ruanda durchgeführten Studie über die Ursachen der Massaker, wurde festgestellt, dass Armut, Unwissenheit und unfähige Machthaber zu den schwerwiegendsten Ursachen zählen; ethnische Probleme kamen an letzter Stelle. Leider tauchen diese Probleme jetzt wieder auf: Armut und Unwissenheit sind größer als je zuvor. Gemäß einer UNICEF-Studie erhält ungefähr ein Drittel der 700.000 Kinder in Ruanda keine oder eine nur

beschränkt angemessene Schulbildung. 20% der Kinder unter fünf Jahren leiden an Unterernährung und starkem Untergewicht, 43% an chronischer Atrophie.

Laut einem Bericht von Amnesty International vom Juni 2001, besteht das System der Errichtung von Dörfern darin, Siedlungen an bestimmten Orten zusammenzulegen. Die Regierung hat mit dieser erzwungenen Zusammenlegung nicht nur das Recht auf Eigentum, Grundbesitz und freie Wahl des Wohnortes verletzt sondern auch die grundlegenden Menschenrechte, da die Bevölkerung nicht mit notwendigen Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser versorgt wurde. Außerdem mangelt es an einem Entwicklungsprogramm für Bildung und Frieden, welches den Bauern die Festlegung von Prioritäten gestattet.

Dazu ein Auszug aus dem Bericht von Amnesty International:

*Eine kompetente Persönlichkeit hat sich folgendermaßen zu der politischen Umsetzung und den Bemühungen, den Schaden in diesem Bereich zu begrenzen, geäußert:*

*Wenn die Politik gut organisiert gewesen wäre, hätten die Menschen, deren Felder der Errichtung des imidugudu zum Opfer gefallen sind, zumindest entschädigt werden können. Wenn Wasserhähne installiert worden wären, hätte ihnen ein leicht zugänglicher Wasseranschluß zur Verfügung gestellt werden können. Anfangs wurde angenommen, dass die imidugudu durch die Regierung finanziert worden sind, aber mittlerweile hat sich herausgestellt, dass von dieser Seite jegliche Hilfe versagt blieb. So glaubte man beispielsweise, Blech für die Bedachung von Häusern, deren Bau in Planung war, gestellt zu bekommen. Da dies ausblieb, wurde bei der Präfektur Beschwerde eingereicht und darauf verwiesen, dass den Menschen zumindest Planen zur Verfügung gestellt werden müssten, um sich gegen den Regen zu schützen. Trotz alledem wird die Hoffnung nicht aufgegeben, dass die Beschwerden irgendwann von irgendwem erhört werden. Zumindest scheint derzeit die Sonne, aber ab September werden die Leute wieder nach Lösungen zum Schutz gegen den Regen fragen.*

Es ist allgemein bekannt, dass die Internationale Gemeinschaft, die großen Geldgeber, FMI, IDA, PNUD diese Siedlungsreform in Ruanda direkt bzw. indirekt unterstützt haben. Einige haben Zuschüsse gegeben, andere Darlehen, aber es stellt sich die Frage, wozu dieses Geld dient, wenn die Projekte nicht eingehend studiert wurden, wenn die Bevölkerung in Orte ohne Anbindung an primäre Krankenversorgung, ohne Wasserversorgung, ohne Möglichkeit ihre Felder zu kultivieren, umgesiedelt wird. Die Regierung lässt diesen Menschen keine Hilfe zukommen - Menschen, die gestern noch Felder, Besitz, Häuser hatten und heute ohne alles dastehen.

Ein Gefühl der Empörung, Bekümmern und des Entsetzens stellt sich beim Lesen einiger aktueller Berichte ein, die detailliert darstellen, wie sich einige Obrigkeiten des Regimes der R.P.F. Boden angeeignet haben, ohne sich die Zukunft der Bevölkerung vor Augen zu führen, ohne ein Gesetz zu erlassen, welches das Überleben dieser Bevölkerung absichert. Selbst der Text des 1996 erlassenen Gesetzes über Nationale Siedlungspolitik anerkennt das Recht auf Grundbesitz; aber später wurde dieses Gesetz von dem gleichen Regime ins Lächerliche gezogen, weil es keine Entschädigung für die Eigentümer vorsieht. Ein Teil des Berichtes von Amnesty International sagt folgendes aus:

Viele Forscher und internationale Institutionen haben dies recherchiert und nachgewiesen, dass sich die Zahl der besitzlosen Familien mit der Einführung der imidugudu um mehr als 20% erhöht hat.

*Regierungsrepräsentanten haben wiederholt bestätigt, dass der durch die Umsiedlungen freigegebene Boden landwirtschaftliche Verwendung findet. Hingegen hat eine Studie bewiesen, dass 66% der in den imidugudu ansässigen Personen über keinen Boden mehr verfügen, obwohl nur 47% von ihnen gezwungen waren, sich in den imidugudu niederzulassen. Desweiteren besitzen 21% der Noch-Eigentümer heute weniger Boden, als*

*dies früher noch der Fall war<sup>1</sup>. Eine Studie der Regierungsorganisationen und der UNO kommt zu dem nicht weniger positiven Ergebnis, dass nur 53% der Einwohner der imidugudu ihren eigenen Boden kultivieren<sup>2</sup>.*

*Ende des Jahres 1999 hat eine Studie, die auf Stichproben von 500 Bewohnern der imidugudu beruht, enthüllt, dass nur 8% derer, die einen Teil ihres Bodens der Siedlung überlassen mussten, eine Entschädigungszahlung erhalten haben.*

*Auch wenn sie Anteil an der Situation der enteigneten Grundbesitzer nahmen, so verfügten die Einwohner der imidugudu selbst meist nicht oder über nicht genügend Land, um Entschädigungszahlungen leisten zu können. Ein Landwirt aus dem Nordosten erzählt: „Im umudugudu wurden wir gezwungen eine Parzelle von 20x25m auf dem Land eines Anderen zu beanspruchen. Wir mussten ihm eine Parzelle gleicher Größe überlassen. (...) Dies stellt ein großes Problem für all jene dar, die kein Land besitzen, welches sie im Austausch abgeben könnten.“<sup>3</sup>*

Viele Länder haben Zuschüsse und Darlehen für die Entschädigung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt, aber, wie oben beschrieben, haben die Bauern davon nichts erhalten. Für die Landwirte ist dies ein doppelter Verlust: erstens haben sie ihr Land „zugunsten“ der imidugudu bzw. der großen Weiden der Obrigkeiten verloren, zweitens sind sie nicht entschädigt worden. Es wäre am Regime der R.P.F. zu erklären, wo das für die Entschädigung angedachte Geld geblieben ist.

Bei der Lektüre solcher Berichte, die von aussenstehenden Personen geschrieben wurden, kann man schlussfolgern, dass die Regierung der R.P.F. weder fähig ist, noch die Absicht hat, seiner Bevölkerung eine vielversprechende Zukunft zu ebnet. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um eine Regierung, die sich darauf berufen hat, von der internationalen Gemeinschaft anerkannt zu sein - eine Regierung, die also ein Land, einen Staat, eine Nation repräsentieren will -, auf der anderen Seite steht die internationale Gemeinschaft, die das Regime Kigali als legitim anerkannt hat, obwohl es nur mit Hilfe von Waffen an die Macht gekommen war. Liest man den Abschnitt des Textes von Amnesty International, so stellt sich die Frage: Welchen Händen wurde das ruandische Volk überlassen? Normalerweise repräsentiert der Präfekt den Präsidenten in der Präfektur. Wenn er also Entscheidungen trifft, dann liegen diese in der Verantwortung der Regierung.

Abgesehen von der Unfähigkeit und dem fehlenden guten Willen existieren noch andere Fakten, die beweisen, dass das Regime Unstimmigkeiten zwischen den Ruandern zu stiften droht. Amnesty International benennt diese wie folgt:

*Unter der Vorgabe, dass bald weitere Familienmitglieder ankämen, baten die Heimgekehrten, die schon eine Parzelle erhalten hatten, in einigen Gemeinden um eine weitere. Sie verpachteten ihre Felder, um sie von Pächtern bzw. Tagelöhnern bearbeiten zu lassen. In anderen Fällen erhielten die heimgekehrten Tutsi Grund und Boden in den imidugudu, den sie anschließend verpachteten oder verkauften. Solche Initiativen, darauf ausgerichtet eine größtmögliche Fläche zu kontrollieren, wurden von einigen lokalen Autoritäten, die die Repatriierten fürchteten, toleriert. Sie wurden sogar von denen, die freundschaftliche oder familiäre Beziehungen zu den Heimgekehrten unterhielten, dazu ermutigt<sup>4</sup>.*

*In den Gebieten, in denen die Repatriierten sehr viel Vieh besaßen und in der Nähe von Landwirten wohnten, trieben beispielsweise die Viehzüchter in Kibungu ihre Herden auf die*

<sup>1</sup> ADL, *Étude*, S. 36

<sup>2</sup> ONU. Conseil Économique et Social. Commission des droits de l'homme. "Rapport ... par le Représentant Spécial M. Michel Moussalli," S. 32.

<sup>3</sup> Human Rights Watch, Interviews, Rutonde und Muhazi, Kibungu, 15. April 1999

<sup>4</sup> Human Rights Watch, Interviews, Kigali, 9. Juni 2000 ; Rusumo, Kibungu, 29. Oktober 2000 und Nyarubuye, Kibungu, 30. Oktober 2000 ; Hilhorst et van Leeuwen, "Villagisation in Rwanda," S. 32-33

*Felder der Landwirte. Bewaffnet und oft in Begleitung eines Hundes, waren sie dazu bereit, all diejenigen zu bedrohen und zu verletzen, die versuchten, ihre Felder zu schützen<sup>5</sup>. Einem Überlebenden des Genozids zufolge, liefern diese Praktiken und die Tatsache, dass sie von den Autoritäten toleriert worden waren, teilweise Erklärungen dafür, warum im April 2000 die Einwohner Kibungos das Land verließen, um nach Tanzania zu flüchten:*

*Stellen Sie sich vor, dass die Repatriierten von 1959 [also all diejenigen, die Ruanda ab 1959 verlassen haben] ihr Vieh in Bananen-, Süsskartoffel-, Maniok-, Maisfelder etc. trieben, die ihnen nicht gehörten. Wenn Sie sich darüber zu beschweren wagten, konnten Sie sich große Probleme einhandeln. Leider waren die Hüter der Herden bewaffnet und brachten ihre Hunde mit, um die Eigentümer der Felder einzuschüchtern. Die Leute haben sich beschwert, aber die Machthaber reagieren nicht darauf. Als die Leute feststellen mussten, dass weder die Kommunalverwaltung noch der Verwaltungsbeamte reagierten, entschlossen sie sich, dass Land zu verlassen. Um die wahren Gründe dafür zu vertuschen, geben die Machthaber vor, dass die Leute aus Angst vor dem GACACA flohen, obwohl es nicht nur Hutus sondern auch Überlebende des Genozids waren. (...) Meine Mutter ist zutiefst erschüttert. Sie haben ihre Bananenstauden verbrannt, ihr Vieh auf ihr Feld getrieben, damit es ihre Süsskartoffeln fräße. Tatsächlich haben diejenigen, welche vorher [vor der Machtübernahme der R.P.F.] hier ansässig waren, nichts zu sagen. Wenn ich nicht wäre, wäre meine Mutter schon längst nach Tanzania geflüchtet<sup>6</sup>.*

Wie kann also die Regierung zu nationaler Versöhnung beitragen, wenn sie noch nicht einmal die kleinen, aber existentiellen Probleme außerhalb des „Genozids“ lösen kann? Die einen werden die Bediensteten der anderen sein, wie dies vor 1959 der Fall war, wo es sehr arme Tutsi und Hutu gab. Die Situation sieht wie folgt aus: Heute bestehen eine bourgeoise, mittelalterliche Klasse - eine Institution nach dem Modell der Apartheid - und eine Klasse bürgerlicher Sklaven nebeneinander.

Um dies zu untersuchen, sollten die UNO, UNESCO, UNHCR und der PAM eine Studie über menschliche Entwicklung und Armut auf regionaler Ebene durchführen. Dies würde aufzeigen, wie es um Ruanda steht und wie die Entwicklungshilfe verwendet wird. Wenn man einräumt, dass schlechte Politiker ein Massaker provozieren können, so ist es nicht möglich zu beweisen, dass die Regierung etwas Gutes für ihre Bevölkerung tut.

## 2.2 Die sozialen Ungleichheiten

Aus dem soeben Gesagten geht hervor, dass das Regime eine Zwei-Klassengesellschaft errichtet: Einerseits eine wohlhabende Klasse, die große Plantagen besitzt, andererseits eine dienende Klasse, die mitunter auf diesen Plantagen arbeitet ohne dafür entlohnt zu werden. Manchmal ist dies die Arbeit der Gefangenen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass vor allem ruandische Gefangene Erz in der Demokratischen Republik Kongo unter schlimmeren Bedingungen als denen der Sklaverei fördern müssen, damit die ruandischen Kriegsführer Waffen kaufen können:

*...diese Aktivitäten mit ihren Monopolen und Steuern ruinieren die lokalen Geschäftsleute. Sie scheinen zu unerträglichen Arbeitsbedingungen zu führen, zu schlechten sanitären Bedingungen als auch zu Praktiken, die den Grundrechten widersprechen. Ebenso haben die Ermittler des IPIS<sup>7</sup> die von den Militärs begangene Sklaverei angeprangert.*

Handelt es sich dabei um eine gemeinnützige Arbeit der Gefangenen, wie sie das internationale Recht vorschreibt oder vielmehr um Knechtung und Sklaverei?

<sup>5</sup> Human Rights Watch, Interview, Kigali, 1. November 2000

<sup>6</sup> Human Rights Watch, Interview, Kigali, 7. Oktober 2000. *Gacaca*, dieser Begriff bezeichnet ursprünglich eine Praktik zur Konfliktlösung in der Gemeinschaft; heute ist es ein volkstümliches Justizsystem, welches die Regierung eingeführt hat, um die des Genozids Angeklagten zu verfolgen

<sup>7</sup> International Peace Information Service (IPIS)

Zur zweiten Klasse gehören all jene, die über ein Stück Land verfügen, das sie kultivieren können, landwirtschaftliche Produkte besitzen und andere industrielle Produkte; diese werden von der Regierung benachteiligt. So deutet alles darauf hin, dass das Regime der R.P.F. den Entschluss gefasst hat, der ländlichen Bevölkerung den technischen Fortschritt vorzuenthalten, um sie auf einem entwicklungstechnisch überholten Stand zu belassen. Zur gleichen Zeit, zu der sich die Machthaber des Regimes Villen aus von Europa oder Amerika importierten Materialien erbauen lassen und sich die Kleidung von großen Couturiers aus Paris oder London fertigen lassen, haben die Bauern noch nicht einmal genügend Geld, um sich Seife, Hemden geschweige denn Schuhe kaufen zu können.

Für dieses unverantwortliche Regime stellt sich dieser zynisch erscheinende Vorgang wie folgt dar: Die Vorschriften sind dazu da, um Bauern mittellos zu machen, indem man den Wert ihrer Waren durch Überbewertung industrieller Waren, mindert. Der gleiche Landwirt, der sich vor 1994 ein Kilo Zucker, Seife und ein Second-Hand-Hemd kaufen konnte, indem er einen Korb Kartoffeln verkaufte (ca. 50 kg, deren Wert sich auf 1.000 FRW beläuft), kann heute für den gleichen Korb noch nicht einmal ein Kilo Zucker erwerben, da das Kilo Zucker 600 FRW kostet, der Korb mit den Kartoffeln aber gerade einmal 500 FRW einbringt! Das Verhältnis sieht wie folgt aus: Vor 1994 musste ein Bauer 5 kg Kartoffeln, Mais oder Süsskartoffeln verkaufen, um ein Kilo Zucker erwerben zu können (5:1), heute muss er 60 kg verkaufen, um ein Kilo Zucker kaufen zu können. Die Kaufkraft des Bauern hat sich also um das 12-fache verringert, wohingegen sich die der Machthaber um mehr als das 12-fache erhöht hat. Für alle landwirtschaftlichen Produkte herrscht selbst in den abgelegendsten Gebieten die gleiche Situation vor.

Diese ausgeprägte Armut hat verheerende Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung. Aufgrund von Unterernährung und schlechter medizinischer Versorgung, kommen auf 1000 Geburten 131 verstorbene Neugeborene<sup>8</sup>. Die neureichen Machthaber des Regimes der R.P.F., die also den Kopf des Landes bilden, haben keine Scheu, importiertes Fleisch aus Südafrika und Kartoffeln aus den Niederlande zu essen. Den gleichen politischen Führern, die ihr Volk, unter dem Vorwand über es zu herrschen, verhungern lassen, werden von der internationalen Gemeinschaft mit Sympathie betraut, vor allem hinsichtlich der bewilligten Hilfe für die Verbesserung des Wohlstandes der Bevölkerung.

Gewisse statistische Daten verdecken einige Gegebenheiten. Das Bruttoinlandsprodukt beläuft sich angeblich auf 260\$ pro Kopf. Nicht nur, dass es sehr niedrig ist, es verdeckt außerdem die ungleiche Verteilung des Einkommens. Wie oben dargelegt, führen die unzulässige Bereicherung der führenden Machthaber dazu, - erreicht durch Plünderung der Demokratischen Republik Kongo und der schlecht organisierten Privatisierung - dass sich das Einkommen nur in der Hand der Personen rund um die Führungsspitze konzentriert. Diese immer weiter anwachsende Ungleichheit bremst die Förderung der Bildung und des Gesundheitswesens.

Solange sich der Internationale Währungsfonds (IWF) und andere Organisationen nur auf das BIP und das pro-Kopf-Einkommen beschränken, ignorieren sie viele andere Parameter. Der Indikator für Armut und menschliche Entwicklung (IPH und IDH), könnte ihnen aufzeigen, wo dringend Investitionen auf regionaler Ebene notwendig sind. Oft musste festgestellt werden, dass die Regierung die Berichte fälscht, um Unterstützung bewilligt zu bekommen. Dies ist angesichts der alarmierenden Situation erschreckend. Aber diese Hilfe hat die sozialen Ungleichheiten nur verstärkt und die individuelle Armut vergrößert.

### 2.3 Die Wahrheit über die Privatisierung und die imidugudu

Es ist ein großer Irrtum der internationalen Gemeinschaft, einigen Bitten der Regierung nachzukommen, ohne im Vorfeld faktentreue Berichte anzufordern. Um die Richtigkeit der

---

<sup>8</sup>Bericht des Ministeriums für Finanzen und wirtschaftliche Entwicklung Ruandas

Daten nachvollziehen zu können, sind Studien vor Ort unabdingbar. Dies gilt auch für Ruanda . Die internationale Gemeinschaft und die hohen Führungskräfte wollten dem ruandischen Volk aus dem Martyrium helfen, jedoch wurden einige universelle Bedingungen nicht erfüllt: Das Regime der R.P.F. hat den ökonomischen Liberalismus umgesetzt, den demokratischen Liberalismus jedoch nicht. Konsequenz war die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Gesellschaften. All dies jedoch auf Kosten der ländlichen Bevölkerung, mangels eines adäquaten politischen Systems. Alison Des Forges, Beauftragte der Abteilung Afrika der Human Rights Watch, beschreibt die Situation in einem Bericht folgendermaßen:

*„...Während die Regierung ihre Bürger umsiedelte, haben die politischen Führungskräfte den Grundbesitzern in einigen Regionen befohlen, ihre Felder mit den aus dem Exil heimkehrenden Flüchtlingen zu teilen bzw. mitunter sogar ihnen den gesamten Boden zu überlassen. Diejenigen, die ihren gesamten Besitz verloren hatten, wurden anschließend in die von der Regierung errichteten Gemeinden umgesiedelt, wo sie nicht mehr als einen kleinen Garten haben. In vielen Fällen bemächtigten sich in engem Kontakt mit der Regierung stehende Offiziere der Armee bzw. Geschäftsmänner der Ländereien armer Bauern und rechtfertigten dies mit der landwirtschaftlichen Produktivität, die angeblich durch Liegenschafts-konzentrationen gesteigert werden sollte. ... Momentan kümmert sich die Regierung vorrangig um die Reformierung des Grundbesitzrechts statt um die Umsiedlung der Bauern in die Regierungsareale. Sie hat die Absicht, die kleinen Anwesen von Millionen armer Bauern zu beseitigen und internationale Fonds für die Finanzierung dieses Vorhabens zu gewinnen.“*

*„Es ist dringend erforderlich, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern, aber dieses Ziel darf nicht auf Kosten der Menschenrechte verwirklicht werden“ Des Forges erklärt. „Die Geldgeber, die positive Veränderungen in Ruanda unterstützen wollen, müssen die Auswirkungen der vorgesehenen Reformen auf das Leben der Einwohner Ruandas in Betracht ziehen.“*

Es reicht nicht, das System des Lebensraumes zu verändern, es muss auch betrachtet werden, wie viele Siedlungen von dieser Veränderung profitieren können. Daraus kann nur die Unfähigkeit des Regimes der R.P.F. geschlussfolgert werden. Es erhält Geld, verwendet es aber nicht zugunsten seines Volkes.

Selbst die Privatisierung bringt, ohne Veränderung des Systems, keinen Vorteil für die Bevölkerung. In seinem letzten Bericht lobte der Finanzminister der Regierung der R.P.F. den Erfolg der Privatisierung. Er berichtete, dass die Regierung ca. 15 Millionen Dollar Gewinn erzielt hat, vergisst jedoch, dass die Bevölkerung zeitgleich enteignet und Orten ohne Wohnraum, ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Trinkwasser ausgeliefert wurde. Er vergisst auch, dass die Abhängigkeit von externer Hilfe größer geworden ist und dass mehr als 20% der Bevölkerung besitzlos sind, wohingegen sie sich vorher von ihren Feldern ernähren konnten. Er vergisst, dass die Sterblichkeitsrate aufgrund der Unterernährung und fehlender Medikamente gestiegen ist. All das ist auf eine Misswirtschaft öffentlichen Vermögens zurückzuführen.

In einem Land, in dem mehr als 90% der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben, ist es unabdingbar, diese zu berücksichtigen, wenn dies nicht getan wird, dann stellt sich das große Problem der Arbeitslosigkeit und folglich auch des Hungers. Sollten die Bauern überhaupt je entschädigt worden sein, so ist dies doch sinnlos, wenn sie für kleine Projekte keine Unterstützung erhalten. Wenn das Regime des R.P.F., welches über große Ländereien verfügt, beabsichtigt, diese von den Bauern beschlagnahmten Gebiete auszubeuten ohne Steuern zu zahlen, wie sollen dann die leben, die man enteignet hat? Laut eines ehemaligen Vorsitzenden der Nationalbank gehören 80% der nationalen Wirtschaft einer Gruppe, die weder Steuern noch Zollgebühren bezahlen. Wie kann eine Regierung also für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung aufkommen, wenn diejenigen, die unrechtmäßig öffentliche Güter erworben haben, noch nicht einmal Steuern zahlen?

Die im Jahr 2001 erschienenen Berichte von Amnesty International beweisen, dass das Regime der R.P.F. das ihm von der internationalen Gemeinschaft geschenkte Vertrauen missbraucht. Noch dazu steigern die hohen, erzwungenen Abgaben, die der Armee zugute kommen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Dieses Regimes zeigt sich in vielfältiger Hinsicht unverantwortlich: Die Vergrößerung der Anzahl der Soldaten und eine gleichzeitige Erhöhung des Haushalts der Armee um 400%, der geforderte Beitrag in Höhe von 300 Fr für die Armee, obwohl die Bauern noch nicht einmal zu essen haben und die Schulgebühren für ihre Kinder nicht bezahlen können.

#### 2.4 Die Bereicherung auf Kosten der ländlichen Bevölkerung in der Region der Großen Seen Afrikas

Mit Hilfe des Berichts einer Expertengruppe der UNO über die illegale Ausbeutung der natürlichen Bodenschätze der Republik Kongo und des „*Brief[es] des Generalsekretärs an den Präsidenten des Sicherheitsrates vom 12. April 2001*“, kann man sich eine Vorstellung von den Ausgaben der ruandischen Armee machen. Darin werden diesbezüglich folgende Aussagen getroffen:

*„ ... Ruanda wendet circa 3% seines BIP, das sind 29% seines Jahresbudgets, für die Verteidigung auf. Das derzeitige Budget des Militärs beläuft sich auf circa 70 Millionen Dollar. Diese offiziellen Zahlen, herausgegeben vom Finanzminister, decken alle Ausgaben: Sold und Prämien, den Einkauf von Materialien und Instandhaltung.*

*Die militärischen Spezialisten, die sich auf diesem Gebiet auskennen, sind sich einig, dass die ruandische Armee leichte Rüstung verwendet, weswegen diesbezügliche Ausgaben seit langem sehr niedrig sind. In der von Ruanda kontrollierten Zone, waren während des Konfliktes, mindestens 25.000 Mann in der Demokratischen Republik Kongo stationiert. Desweiteren wird die Nutzung von Flugzeugen für den Transport von Truppen und notwendiger Ausrüstung, äußerst kostspielig gewesen sein. Ein Flugzeugbesitzer aus der Region hat durchschnittlich 2.000 Dollar pro Stunde für die Vermietung seines Flugzeuges in Rechnung gestellt. Da in kleineren Gebieten drei Einsätze täglich geflogen wurden, schätzt die Expertengruppe, dass sich die Einsätze der ruandischen Armee auf fünf pro Tag belaufen, von denen jeder durchschnittlich sechs Stunden dauerte. Eine einfache Rechnung zeigt, dass sich die monatlichen Kosten auf 1,8 Millionen Dollar, also 21,6 Millionen Dollar pro Jahr, belaufen.*

*Legt man die 25.000 stationierten Männer in der Demokratischen Republik Kongo und eine Gesamtentlohnung (Sold zzgl. Prämien) von durchschnittlich 100 Dollar pro Monat und pro Person zugrunde, so kommt man auf die Zahl von 2,5 Millionen Dollar monatlich, also 30 Millionen Dollar pro Jahr. Schon allein die Ausgaben für den Transport und die Stationierung der Armee in der Demokratischen Republik Kongo belaufen sich auf 51,6 Millionen Dollar pro Jahr, was circa 3/4 des offiziellen Verteidigungshaushaltes Ruandas ausmacht. Rechnet man den Sold (im Schnitt 50 Dollar pro Monat) der 20.000 in Ruanda stationierten Soldaten hinzu, so ist festzustellen, dass fast das gesamte Budget (63 Millionen Dollar) für zwei Posten aufgewendet wird. Darüber hinaus bringt die Stationierung in der Demokratischen Republik Kongo andere Aufwendungen mit sich, wie beispielsweise für die Munition, auch wenn die Truppen nur mit leichter Rüstung ausgestattet sind, und für die Instandhaltung und den Neuerwerb dieser Ausrüstung.*

In diesem detaillierten und informativen Bericht haben die Autoren einen Vergleich mit den Militärausgaben des APR angestellt. Die Höhe dieser Ausgaben, die sich auf 30% des Nationalbudgets beläuft, macht offensichtlich, dass das Regime der R.P.F. sein Volk unbeachtet lässt - das Regime eines Landes, dessen Bevölkerung von äußerster Armut gepeinigt ist, von Unterernährung und endemischen Krankheiten, die prozentual am höchsten in der Welt sind.

Das Interesse des Regimes der R.P.F. besteht einzig in der Ausweitung der unsicheren Situation in der Region der Großen Seen, um die Demokratische Republik Kongo weiterhin plündern zu können und sich auf Kosten der gesamten Bevölkerung der Region zu bereichern. Wie sonst könnte der Machthaber Ruandas, General Paul Kagame, das Vordringen seiner Armee in der Demokratischen Republik Kongo bis auf 1.500 km rechtfertigen, wenn das Ziel nicht die Bereicherung auf Kosten der autochthonen Bevölkerung wäre.

Seit Beginn der Kämpfe in der Demokratischen Republik Kongo, haben viele Beobachter die mono-ethnische ruandische und ugandische Armee verurteilt, die die Bodenschätze des Kongos für lokale Diktatoren und multinationale Konzerne an sich reißt. Später wurden die Dinge klarer, da selbst die Vereinten Nationen Berichte über die Armeen von Kagame und Museveni, die eifrig mit der Plünderung der Demokratischen Republik Kongo beschäftigt waren, verfassten.

Am Überraschendsten ist es, feststellen zu müssen, dass die Machthaber Kigalis, die sich überwiegend aus ehemaligen nach Ouganda geflohenen Offizieren zusammensetzen, auf skandalöse Art und Weise in unglaublich kurzer Zeit bereichert haben. Zur gleichen Zeit bat das Regime die internationale Gemeinschaft die Fonds wieder freizugeben und forderte von der Bevölkerung weiterhin Verzicht zugunsten der zur Ausbeutung in die Demokratische Republik Kongo geschickten Armee, die dort rücksichtslos plünderte und deren Beute die Kriegsherren bereicherte. Der Bericht der UNO zeigt Verbindungen zwischen Transportgesellschaften, Banken und hohen Persönlichkeiten des Regimes der R.P.F. auf. Ein Fall, der für sich spricht, betrifft die New Goma Air, Air Navette, BANCOR und das in der Hand des APR befindliche Rwanda metals.

Am häufigsten werden folgende Namen erwähnt: Ali Hussein, der mit der Präsidentschaft zusammenarbeitet, Oberst James Kabarebe, der mit den Transaktionen für die ruandische Armee beauftragt ist und Tibere Rujigiro, von 1990 bis 1994 der Hauptgeldgeber der R.P.F. Wenn das Regime der R.P.F. schamlos behauptet, dass sich der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo selbst finanziert, bestätigt es damit den von der UNO vorgelegten Bericht an:

*...In Zusammenarbeit mit einem kongolesischen Team, hat Kigali den Entschluss gefasst, einen Oberste zu entsenden, um Revision einzulegen. Sobald die Fragen der gefälschten Empfangsbescheinigungen und der Überbezahlung geklärt waren, hat Kigali ihn abberufen und die Ermittlungen verschoben. Einige Quellen bestätigen die enge Verbindung zwischen Herrn Makabuza, Scheineigentümer von Jambo Safari, und Präsident Kagamé. Jambo Safari, über breitgefächerten Handelsaktivitäten verfügend - derzeit geht es Geschäften im Kaffeehandel nach -, kaufte kürzlich eine Reihe neuer LKWs und hat mit Air Navette auch am Flugverkehr teil.*

*Andere Unternehmen operieren ebenso unter dem Schutz einiger lokaler Befehlshaber. Établissement Habier, beispielsweise, nimmt an den Öl- und Benzinlieferungen in Goma und Bukavu teil. Der Eigentümer dieser Gesellschaft ist Ernest Habimana, der sehr eng mit dem APR verbunden ist, besonders mit dem Kommandanten Karasira und M. Gakwerere. STIPAG, eine Gesellschaft, die Herrn Mbugiye gehört und in Zusammenarbeit mit dem Kommandanten Kazura (Sicherheitschef der ruandischen Regierung in der Demokratischen Republik Kongo) und dem Kommandanten Gatete Geschäfte macht, ist eine der neuen Gesellschaften, welche sich im Kaffee- und Diamantenhandel betätigen.*

*Zahlreiche Kleinunternehmen wurden gegründet, dessen Aktionäre immer einflussreiche Personen in der ruandischen Nomenklatura bzw. in den Strukturen der Demokratischen Republik Kongo sind. Dies ist bei der Gesellschaft Grands Lacs Métals zutreffend, deren Aktionäre die Kommandanten Gatete, Dan und Kazura sind. In anderen Fällen, beziehen ausländische Gesellschaften lokale Despoten in ihre Verwaltungsräte ein: so zum Beispiel*

die Gesellschaft für Elektrometallurgie (GFE), mit Karl Heinz Albers und Emmanuel Kamanzi als Teilhaber, oder beim MDM mit Herrn Makabuza.

Die folgende Liste der Experten ist nicht erschöpfend, aber das Treffen einer Auswahl war von der Tatsache bestimmt, dass die genannten Personen eine entscheidende Rolle bei der finanziellen Unterstützung und illegalen Kontrolle gespielt haben bzw. die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo erleichterten und direkt in diese Aktivitäten involviert waren. Auf ugandischer Seite sind vertraute Namen, wie General Salim Saleh, General James Kazini, Oberst Tikamanyire, Jovia Akandwanaho, Oberst Utafire, Kolonel Mugeni, M. Khalil, Ateenyi Tibasima, Mbusa Nyamwisi, Nahim Khanaffer, Roger Lumbala, Jean-Yves Ollivier, Jean-Pierre Bemba, Adela Lotsove ou Abdu Rhaman, aber auch neue Gesichter, wie Oberst Muyombo anzutreffen.

/.../ Zu allererst Ali Hussein, der eine wichtige Rolle bei den Transaktionen von Diamanten und Gold in Bukavu und Kisangani spielt. Die, die mit ihm zu tun hatten, erwähnten die Anwesenheit eines ruandischen Staatsangehörigen bei Verkaufsverhandlungen. Einige Indizien deuten darauf hin, dass dieser Ruander ein Funktionär aus dem Kabinett des Präsidenten in Kigali ist.

Desweiteren wäre James Kabarebe zu nennen, der über einige Transaktionen zugunsten der Ruandischen Patriotischen Armee verhandelte. Quellen entsprechend, hat er mit Victor Butt [oder Bout] bezüglich der Vermietung der Ilyouchine 79 in Kontakt gestanden, die dem Transport von Colombo-Tantalit aus der Demokratischen Republik Kongo nach Kigali diente und war mit Mohamed Ali Salem befreundet, Direktor der Gesellschaft Global Mineral, die eine Rolle beim Kauf von Colombo-Tantalit in Bavaku und Goma spielte.

Ein weiterer ist Tibere Rujigiro, Mitglied der Ruandisch Patriotischen Front, der einer der wichtigsten Geldgeber der Partei während des Krieges von 1990 bis 1994 war. Er ist einer der Hauptaktionäre der Gesellschaft Tristar Investment, die ebenso in enger Verbindung mit der R.P.F. steht. Angeblich ist diese auch im Tabakhandel aktiv.

Beim Betrachten dieser Liste könnte man meinen, dass sich die Soldaten von General Paul Kagame zur Sicherheit Ruandas in der Demokratischen Republik Kongo aufhalten, aber genau genommen dient ihr Aufenthalt dort nur Kagames persönlicher Bereicherung. Das Handelsnetz mit Mineralien kongolesischer Herkunft ist ein Indiz für den Export von Coltan durch Unternehmen, deren Aktivitäten von der Ruandisch Patriotischen Armee (APR) kontrolliert werden sowie für dessen „militärisch-wirtschaftlichen“ Charakter. Allein in der Zeit von Juni bis September 2001 wurden 75 Tonnen exportiert. Einige Unternehmen haben den Schwiegerbruder des Präsidenten Kagamé zu ihrem Repräsentanten in Kigali gewählt. Natürlich nähern sich die Naturwissenschaften der Objektivität mehr als die Geisteswissenschaften, auch wenn diese durch Studien vor Ort und Überprüfung der Daten und der Argumente sich wehrender Personen versuchen, jegliche Subjektivität zu unterbinden.

Jegliche Kritik an seinem Regime, hat der Machthaber Ruandas, General-Major Paul Kagame als „intellektuelle Faulheit der internationalen Gesellschaft und der Kongolesen“ bezeichnet: **Der Präsident Ruandas, Paul Kagame, hat die internationale Gemeinschaft bezichtigt, sich seinem Land gegenüber „ungerecht und unbarmherzig“ zu verhalten.** In einer am Sonnabend anlässlich des Gedenkens des siebenten Jahrestags des Genozids von 1994 gehaltenen Rede, die vom ruandischen Radio ausgestrahlt wurde, hat der Staatschef an die Massaker erinnert - denen 800.000 gemäßigte Hutu und Tutsi zum Opfer fielen -, die sich „vor den Augen der internationalen Gemeinschaft“ ereignet haben. Heute, sagte er, beschuldigt die internationale Gemeinschaft Ruanda, sich nicht aus Sicherheitsgründen sondern vielmehr zum Plündern der Bodenschätze in der Demokratischen Republik Kongo aufzuhalten. „Wir sind in den Kongo gegangen, um die Sicherheit Ruandas sicherzustellen,“ betonte er. „Wir sind dorthin gegangen, um sicherzustellen, dass das, was Sie heute vor Augen haben [Erinnerungen an den Genozid],

*sich nicht wiederholt. Ich sage dies, weil die Welt ungerecht und unbarmherzig ist ... Sie [die internationale Gemeinschaft] denkt, dass wir im Kongo sind, um dessen Erzvorkommen zu plündern und die Bevölkerung niederzuzumetzeln.“ Herr Kagame warf der internationalen Gemeinschaft vor, „gleichgültig zu sein“. „Sie interessiert sich nicht für geringsten für Ruanda, selbst wenn feindliche Streikräfte eindringen, um die ruandischen Staatsbürger zu töten. Später kommt sie dann und bringt Reis, Zucker und Lebensmittel, um die Verwundeten und Überlebenden zu versorgen,“ so beschreibt es der ruandische Präsident<sup>9</sup>.*

Auf diese Art und Weise hat der Machthaber Ruandas, General Major Paul Kagame, paradoxerweise die Präsenz seiner Armee in der Demokratischen Republik Kongo gerechtfertigt - wegen der dortigen Milizen und für die Sicherheit in Ruanda, als ob große Persönlichkeiten (die drei Justizminister, der Vorsitzende des Parlaments, zwei Premierminister, der Innenminister, etc.) wegen der mangelnden Sicherheit in Ruanda geflohen oder wegen der interahamwe getötet worden wären. Trotz alledem und trotz der Millionen Ruander, die in diesem seit 1990 bestehenden Konflikt ihr Leben verlieren, wagt er es, auf die Frage bezüglich eines Rückzugs auf der Demokratischen Republik Kongo, die arrogante Antwort zu geben<sup>10</sup>: *Seitens der internationalen Gemeinschaft und der Kongolesen, liegt eine intellektuelle Faulheit vor. Bevor sie uns darum bitten unsere Truppen aus dem Kongo zurückzuziehen, sollten sie dahinter sehen und schauen, was uns dazu bewogen hat.“ Dies hat Herr Kagame in einem Interview mit AFP gesagt.* Selbst wenn er den Frieden anstreben würde, kann die Unterdrückung der Kongolesen und 3,6 Millionen kongolesische Opfer keinesfalls gerechtfertigt werden.

Dass einige Organisationen<sup>11</sup> vergeblich für die Reglementierung der Hilfe für das ruandische Regime plädieren, ist für die Diaspora der Region der Großen Seen Afrikas frustrierend.

Wesentlich schlimmer ist das dem Volk dieser Region, vor allem dem kongolesischen Volk auferlegte Martyrium. Im Rahmen eines interkongolesischen Dialoges in Sun-City, haben einige Präsidenten das der unschuldigen kongolesischen Bevölkerung auferlegte Martyrium beklagt und betont:

Daraus geht hervor, dass das Wohlbefinden der Bevölkerung und die Menschenwürde für das Regime in Kigali bedeutungslos sind.

3 Kann man eine sozio-ökonomische Entwicklung in Ruanda ohne Demokratie anstreben?

### 3.1 Aktuelle politische Tendenz

1990 haben viele die gewaltsame Machtergreifung der R.P.F. zur Herstellung der Demokratie noch begrüßt, aber jetzt werden viele Stimmen laut, dass Ruanda vor einer integralen Demokratie bewahrt werden müsse, um sich anderen, dringenderen Problemen, wie der nationalen Versöhnung oder der wirtschaftlichen Entwicklung, widmen zu können. So hat das diktatorische Regime von General Paul Kagame seine Periode des „Übergangs auf unbestimmte Zeit“ legitimieren können, die von im Abkommen von Arusha vorgesehenen 22 Monaten auf neun Jahre verlängert wurde, was weit mehr als zwei Abgeordnetenmandaten der meisten demokratischen Staaten entspricht.

Einige Instanzen bewundern die Diktatur General Paul Kagames und geben sogar den, von den Werten eines Rechtsstaats überzeugten, ruandischen Mädchen und Jungen zu verstehen, dass Ruanda auf die Demokratie verzichten müsse, um eines Tages in den

<sup>9</sup> IRIN 09/04/01

<sup>10</sup> Ruanda ist, trotz diplomatischer Spannungen, nicht bereit, die Demokratische Republik Kongo zu verlassen.

<sup>11</sup> Paix pour le Congo; Der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo und die finanzielle Unterstützung der in den Konflikt verwickelten Länder durch die Europäische Union, mit Hauptschwerpunkt Ruanda.

Genuss von Frieden und sozio-ökonomischer Entwicklung kommen zu können. Dagegen besteht doch die Aufgabe der Entwicklung in der Ausweitung der Möglichkeiten, damit jeder sich die für ihn entsprechende Art zu leben wählen kann. Um diese Notwendigkeit von vornherein zu umgehen, bestätigt General Paul Kagame, dass sich das Regime des R.P.F. auf dem Weg der Demokratisierung befindet.

Das folgende Kapitel soll beweisen, dass die Demokratie überall und zu jeder Zeit die treibende Kraft für Entwicklung gewesen ist und bleibt. Auch in Ruanda hat sich dies zum wiederholten Male verwirklicht.

### 3.2 Die Lehren der Geschichte

Beschränkt man sich auf die ruandische Geschichte, kann man feststellen, dass immer zu Zeiten, in denen individuelle Freiheit und Menschenrechte ins Lächerliche gezogen wurden, große Probleme das Land heimsuchten. Man betrachte beispielsweise die wissenschaftlich belegte Periode, d.h. seit Ende des 19. Jahrhunderts (die ersten schriftlichen Urkunden und Dokumente kamen durch Weiße nach Ruanda). Es muss betont werden, dass das Drama von Rucuncu Folge der rücksichtslosen Machtgier eines einflussreichen Kreises um die Königin Mutter Kanjogera und ihren Bruder Kabare war<sup>12</sup>. Die mit Menschenverlusten einhergehende Revolution von 1959 war das Ergebnis der Absicht der Monarchisten, die Macht zu behalten, ihrer Ablehnung der Demokratisierung und der Unterdrückung jeglicher anti-feudal-monarchischen Bewegungen.

1973 blockierte das damalige Regime die demokratische Bewegung, und wollte stattdessen eine Präsidentschaft auf Lebenszeit einführen (Verfassungsänderung) sowie all jene ausschließen, die nicht zur Anhängerschaft der Regierung gehörten.

In Anbetracht einer bestehenden Regierung ohne Ziele und Taktik, begrüßten viele Ruander 1990 die R.P.F., ohne zu wissen, dass deren eigentliches Ziel die Unterdrückung war. Dies war die dunkle Seite der ruandischen Geschichte.

Dennoch hat es Zeiten gegeben, in denen Ruanda „von einer Demokratie profitieren konnte“ und in denen eine wirkliche sozio-ökonomische Entwicklung vonstatten ging. Unter dem jungen Monarchen Mutara III Rudahigwa, überzeugter Modernist, der seinen Vater 1931 auf dem Thron ablöste, hat Ruanda eine der glorreichsten Perioden seiner Geschichte erlebt. Dieser Hoffnungsschimmer erlosch mit den Chefs extremistischer Tutsi, ursprünglich Anhänger des Schulzentrums Astrida, als sich diese Anfang der 50er Jahre dem Radikalismus verschrieben. Die Folgen sind bekannt.

Alle Beobachter sind sich darüber einig, dass Ruanda in ersten Jahren der ersten Republik (1962-1968) - einer Zeit zu der das Volk wirklich frei und souverän war - die größte sozio-ökonomische Entwicklung erfahren hat. Damals errichtete man Ruandas einzige Universität und begann Straßen zu bauen<sup>13</sup>.

Die zweite Republik, deren Hauptziele „Frieden, Einheit und Entwicklung“ lauteten, ist gescheitert und riss bei ihrem Untergang die Prinzipien der Demokratie mit sich. Oppositionelle haben trotzdem mit dem Regime der R.P.F. kollaboriert, weil sie hofften, dass es etwa Effizientes schaffen könne, jedoch übte die Regierung nur „Klientelismus“ aus.

Zur großen Enttäuschung dieser Oppositionellen, die der R.P.F. geholfen hatten ihre Macht zu etablieren, hat sich dieses Regime, einmal in Kigali niedergelassen, zu einem der

<sup>12</sup> Um 1958 kam der König Mibambwe IV Rudarindwa, der den Thron bestieg indem seine Stiefmutter Königin Mutter wurde, bei einem, durch die Partisanen von Kanjogera und seinem Bruder Kabare, gelegten Brand in seinem Palast in Rucunshu ums Leben. Sie wollten den leiblichen Sohn von Kanjogera, den jungen Musinga, auf dem Thron setzen.

<sup>13</sup> Es gab in Ruanda am Tag der Unabhängigkeit 1962 nur ein Kilometer Schotterstraße, den Boulevard der Revolution von Nyarugenge, der Sitz des Präsidenten in Kigali.

schrecklichsten, die das Land je hatte, entwickelt. Im Bewußtsein seiner Illegitimität und des Misstrauens, welches es bei der Bevölkerung verbreitet hat, unternimmt das Regime der R.P.F. nicht die geringsten Anstrengungen, das Land zu entwickeln oder den Wohlstand seiner Bevölkerung zu verbessern. Es ist einzig darauf aus, mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben.

Die Unterhaltung einer hypertrophen Armee, die Plünderung nationaler Ressourcen und benachbarter Länder - all dies ist nur auf die unrechtmäßige Bereicherung der hohen Machthaber des Regimes ausgerichtet. Im Bewußtsein, in Besitz einer Machtfülle zu sein, die ihnen nicht zusteht und immer den Sturz ihrer Diktatur befürchtend, wollen einige Offiziere des APR und der Kreis um das Regime der R.P.F. den Terror, das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung und deren Angst aufrechterhalten, um das Fehlen eines Demokratisierungsprozesses zu rechtfertigen. Sie bereichern sich auf Kosten der Bauern und rufen dann die westlichen Länder an, um ihnen zu sagen: Seht nur, das Volk hungert, es mangelt an Sicherheit - es gibt also weitaus Wichtigeres als die Demokratisierung.

### 3.4 Die Nicht-Respektierung des Protokolles von Arusha und der Demokratisierungsprozess

Es ist allseits bekannt, dass die afrikanischen Länder mehr strategischen denn ökonomischen Interessen dienen und auch kein Geheimnis, dass jede Veränderung in Afrika direkt oder indirekt von den Großmächten - vor allem Frankreich und den USA - vorgenommen wird. Wie der Berliner Mauerfall des Einverständnisses vieler Länder bedurfte, so mussten auch die Veränderungen in Afrika nach dem kalten Krieg von Frankreich und den USA bewilligt werden<sup>14</sup>: ... *Herman Cohen, der „Herr Afrika“ von James Baker, war für die Verhandlungen mit Frankreich hervorragend geeignet. Da er fließend Französisch sprach und mit einer Französin verheiratet war, verfügte er über gute Verbindungen mit der französischen Regierung. Die Rede von Präsident Mitterand auf dem Franko-Afrikanischen Gipfeltreffen 1990 in La Baule, hätte auch von dem Chef der amerikanischen Diplomatie oder Präsident Bush senior stammen können.*

*Währenddessen beglückwünschte die ganze Welt Deutschland zu dem Voranschreiten des Demokratisierungsprozesses und zum Abstreifen der Überreste des kalten Krieges. (...) Der Papst traf sich im Herbst 1990 mit den Präsidenten von Burundi und Ruanda, um ihnen zu erklären, dass die Veränderungen an diesen „militärischen Demokratien“ nicht spurlos vorübergehen würden. Wenn der 01. Oktober 1990 nicht gewesen wäre, hätten große Veränderungen in Ruanda stattgefunden ...*

Mit der Zustimmung der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und Deutschlands - welches in diesem Zusammenhang nur wenig erwähnt wird -, konnte der Demokratisierungsprozess in Afrika in Grundzügen vonstatten gehen. Dieser Prozess war also unabhängig von den Angriffen der R.P.F., die sich als „Befreier“ betrachtete. Das Protokoll von Arusha war ein Kompromiss mit den kriegführenden Mächten. Jedoch wurde eine bisher in den Geisteswissenschaften unbekannte Theorie aufgestellt:

*... Eine „historische franko-burandesische Schule“ (Ausdruck von René Lemarchand) erleichterte den militärischen Sieg einer Minderheit. Sie erklärte, dass, wenn man etwas gegen die Apartheid unternehmen wollte, die Forderung „one man one vote“, aufgrund des Fehlens demokratischer Traditionen, in Zentralafrika nicht gerechtfertigt sei. Das in Ouganda angewendete System einer „Demokratie ohne Parteien“ entsprach besser den*

<sup>14</sup> Dr. Helmut Stritzek ; Un « dialogue muet » et un « dialogue interrompu »

La France et l'Allemagne face à la crise de la Région des Grands Lacs Africains; Beitrag zum Kolloquium « Les politiques africaines de l'Allemagne et de la France » 10. Oktober 2001

Institut d'Etudes Politiques (Institut für Politikwissenschaften), 56, rue Jacob, 75007 Paris

*Gegebenheiten in Zentralafrika, in Anbetracht eines von ethnischen Spannungen geprägten Wahlverhaltens der Bevölkerung. Jean-Pierre Chrétien, „Leiter“ dieser historischen Schule, erklärte, dass Wahlen nur dann gerecht seien, wenn ein kulturelles und soziales Umfeld geschaffen sei, dass nicht-ethnische Wahlen begünstigt. Politisch eher links orientiert, übte er einen beachtlichen Einfluss auf die deutschen Intellektuellen aus ...*

Diese „franko-burundesisch historische Schule“ könnte auch die Erklärung für das Schweigen Frankreichs zum Tod des demokratischen gewählten Präsidenten Merchior Ndadaye von Burundi gewesen sein. Wahrscheinlich hat Frankreich die Lage bis zu den internen und externen Ausschreitungen falsch eingeschätzt. Zudem haben die Machtveränderungen die Interessen der Afrikaner unberücksichtigt gelassen, nicht aber ihre Interessen in Afrika, was daraus ersichtlich ist, dass Afrika nie Bestandteil von Wahlkampagnen ist. So kann jeder, der an die Macht kommt, irgendeine Theorie aufstellen, selbst wenn sie nicht wissenschaftlich begründet ist. Alle Partner des verstorbenen Präsidenten Habyarimana hatten die Wahlen teilweise bzw. vollkommen verloren. Dies ist auch in Rheinland-Pfalz, Belgien und bei Präsident Mitterrand der Fall, der als Premierminister ein Mitglied einer anderen Partei ernannt hat.

Wenn dem nicht so wäre, dann hätte die neue Regierung unter Clinton die von Präsident Bush junior befürwortete Politik weiter verfolgen können, deren Philosophie glaubwürdig ist und die von Warren Christopher, dem ehemaligen amerikanischen Außenminister, während seiner Afrikareise 1996 vertreten wurde: *„Die Investitionen, die wir heute für die Demokratisierung aufbringen, können uns morgen davon befreien in Notsituationen eingreifen zu müssen. Die beste Strategie, um Konflikten vorzubeugen, liegt in der Demokratie.“*<sup>15</sup> Diese Aussage könnte man für eine Art Vermächtnis halten, dessen These lautet, dass das Wohlergehen Afrikas und der soziale Wohlstand von der Demokratie getragen werden. Auch Helmut Strizek, Spezialist für das Afrika der Großen Seen, stellt eine These auf: *„Die Militärregimes werden nie imstande sein, eine gerechte und stabile Ordnung herzustellen“*. Da das Regime der R.P.F. diese universellen Prinzipien, zu denen Demokratie, „good governance“ und der Rechtsstaat zählen, schon seit 12 Jahren, zurückweist, konnte auch keine Gerechtigkeit und Stabilität erreicht werden. Zu Beginn wurde das Regime der R.P.F. von der internationalen Gemeinschaft und den Großmächten akzeptiert, weil es Demokratie, Respektierung der Menschenrechte, die Errichtung eines Rechtsstaates, kurz „good governance“ zum Wohl der Bevölkerung versprochen hatte. Dies ließ auch die vollständige Umsetzung des Protokolls von Arusha vermuten. Wenn es auch zu Verwirrung führte, so hatte die R.P.F. unaufrichtig damit begonnen, dieses Protokoll von Arusha umzusetzen.

Hier zeichnet sich schon der Irrtum der internationalen Gemeinschaft, an ihrer Spitze die UNO und die Großmächte, ab. Auf der einen Seite haben sie die Ausführung eines Protokolls akzeptiert, das faktisch nicht mehr existierte, da es, um rechtskräftig zu sein, die Präsenz der Partei des verstorbenen Präsidenten Juvénal Habyalimana sowie der Ex-FAR (Ex-Streitkräfte Ruandas) voraussetzte und all dies war nicht mehr gegeben. Auf der anderen Seite haben die internationale Gemeinschaft, die UNO und die Großmächte, trotz dieses Irrtums, nicht das verfolgen und umsetzen können, was sie für gerecht hielten, nämlich besagtes Protokoll und einen Rechtsstaat.

Vor ihren Augen spielten und spielen sich noch immer politische Machenschaften ab: Verschwinden und erzwungenes Exil all derer - Vorsitzende und Verantwortliche politischer Parteien -, die für die Pfeiler des Protokolls von Arusha gehalten wurden. Drei Justizminister, der Vorsitzende des Parlaments, zwei Minister und ein Innenminister, beispielsweise, wurden zur Emigration gezwungen bzw. getötet; schon allein dies belastet ein Regime, von dem man glaubt, dass es die nationale Versöhnung durchführen wird. Der Widerspruch ist,

<sup>15</sup> Zitat aus « JEUNE AFRIQUE », Nr. 1869 (30/10/1996), S. 32/33 ; Übersetzung durch die amerikanische Botschaft in Paris.

dass das Regime, welches vorgab für die Rückkehr der Flüchtlinge zu sorgen, höhere Flüchtlingszahlen evoziert hat. Zu behaupten, dass die R.P.F. bestehende Parteien anerkannt hat, ist eine pure Lüge. Sie manipulierte die Mitglieder anderer Parteien - die, die sich der Zusammenarbeit mit ihnen widersetzen, wurden als Genozidteilnehmer und Kriegsführer bezeichnet. Folglich wurden die Anhänger anderer Parteien beständig demoralisiert und verfolgt.

Es ist wichtig, zu erwähnen, dass die R.P.F. bestimmt, mit wem und mit welcher Partei sie arbeiten möchte, da sich die Parteichefs entweder im Exil befinden, ermordet oder eingesperrt wurden. Alle anderen sind gezwungen sich dem unterzuordnen, was General Major Paul Kagame „Zusammenarbeit“ nennt. Die, die sich dem widersetzen, riskieren ihr Leben (so wie beispielsweise Pierre Gakwandi, Generalsekretär der MDR, der ehemalige Abgeordnete Leonard Kavutse und andere Persönlichkeiten politischer Parteien) und die, die sich dem beugen, sind Hutu, die pro forma mit ihr arbeiten. Das sind die Leute, die General Paul Kagame Diebe nennt, die es gilt mit Hilfe der Armee und der Milizen auszuschalten, damit niemandem der Zugang zu einer Demokratie ermöglicht wird.

Stellt sich die Frage, ob es sich um eine ethnische Minderheit handelt, die eine Mehrheit unterdrückt oder ob eine Gruppe um das Regime eine ethnische Minderheit nutzt, um an der Macht zu bleiben. Die Entwicklung belegt folgendes: an erster Stelle waren es „extremistische intellektuelle Hutu der Parteien CDR und MRND“, die vom Regime in Kigali ausgeschlossen wurden, an zweiter gemäßigte Hutu, die anfangs dem Regime angehören konnten und an dritter Stelle handelt es sich um Tutsi und Hutu, die nach Demokratie strebten. In demokratischem Sinne handelt es sich also um eine politische Minderheit, d.h. um eine Gruppe um die Machthaber herum, die unter dem Deckmantel einer ethnischen Minderheit und des „Genozids“ das gesamte ruandesische Volk unterdrücken will. Man kommt zu dem Schluss: jede Minderheit, gleich welcher Art sie auch sein mag, kann nur mit Hilfe des Terrors regieren. Der frühere Präsident H. Truman, sagte in seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress im März 1947 Folgendes: *„... Ich denke, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die freien Völker unterstützen sollten, die sich den Unterdrückungsversuchen einer bewaffneten Minderheit oder dem Druck von außen widersetzen. (...) Man muss sich zwischen zwei grundverschiedenen Lebensarten entscheiden. Eine der beiden basiert auf dem Willen der Mehrheit und ist durch freie Institutionen, eine repräsentative Regierung, freie Wahlen und der Garantie der individuellen Freiheit charakterisiert. (...) Die andere basiert auf dem Willen einer Minderheit, gekennzeichnet von Unterdrückung, Terror und Verwehrung der individuellen Freiheit ...“*.

Wie oben erwähnt, beruht das Regime der R.P.F. auf einer Gruppe um General Paul Kagame, die nur unter Zuhilfenahme des Terrors regiert, wie dies durch den ehemaligen amerikanischen Präsidenten H. Truman dargestellt wurde. Auch die Verfassung, die gerade in Ruanda ausgearbeitet wird, wird von einer Regierung verabschiedet werden, die nicht demokratisch gewählt wurde und auf Kosten der Volksentwicklung zur Manipulation greift, um an der Macht zu bleiben. Aber es gibt einen Hoffnungsschimmer, wenn die internationale Gemeinschaft nicht weiterhin in den Theorien „*Demokratie ohne Parteien*“ stecken bliebe und wenn Reden, wie die von Präsident Bush jr. in Mexiko Unterstützung fänden.

## 5 Schlussfolgerung und Empfehlungen

Letztendlich kann Entwicklung, in Ruanda ebenso wie woanders, nur dann ins Auge gefasst werden, wenn das Volk frei ist, wenn die Machthaber ehrenhaft und kompetent sind, wenn die Regeln des Teilens des nationalen „Kuchens“ zusammengetragen und transparent sind. Das will heißen, dass Verweigerung der Errichtung eines Rechtsstaates oder einer integralen Demokratie, nichts weiter als ein politisches Manöver ist, um das Volk in Unterdrückung und Elend zu belassen. Nach acht langen Jahren eines antidemokratischen Regimes, die der Diktator nach Belieben verlängert, kann man sagen, dass in Ruanda keine ökonomischen Entwicklung stattgefunden hat. Selbst die geringe sozio-ökonomische Infrastruktur, über die das Land vor der Zerstörung durch den 1990 von der R.P.F. initiierten

Krieg verfügte, sind weit davon entfernt wiederhergestellt zu werden. In einem Klima von sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, kann man nicht von Versöhnung sprechen.

Die katastrophale Bilanz auf juristischer, sozialer und ökonomischer Ebene stellt sich wie folgt dar:

- Das System der Siedlungsreform verstärkt die sozialen Ungleichheiten zugunsten der Obrigkeiten des Regimes der R.P.F., die große Gebiete landwirtschaftlicher Betriebe an sich reißen.
- In dieser Agrarreform sind die 90 % der von der Landwirtschaft lebenden Menschen nicht berücksichtigt.
- Armut, Unterernährung und endemische Krankheiten breiten sich auf nationaler Ebene immer weiter aus.
- Die gesamte Region der Großen Seen Afrikas wird von dem Regime der R.P.F. umschlossen.

Wir bitten die internationale Gemeinschaft, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika alles zu unternehmen, damit:

- die Unterstützung für die Landwirtschaftsreform kontrolliert wird, um es der ländlichen Bevölkerung zu ermöglichen, Genossenschaften zu bilden;
- die Obrigkeiten des Regimes der R.P.F., die große Parzellen erhalten haben, diese zugunsten der Errichtung von Bauerngenossenschaften zurückgeben;
- der ökonomische Liberalismus in Ruanda mit dem demokratischen Liberalismus einhergeht und den politischen Parteien ein freies Agieren gestattet;
- USAD, PNUD, PAM und UNHCR eine unabhängige Studie zur Erkennung des Index für humane Entwicklung sowohl regional als auch ethnisch erstellen, um landwirtschaftliche Investitionen besser einsetzen zu können, die die ländliche Bevölkerung betreffen;
- die Privatisierung von Unternehmen und staatlichem Vermögen nicht nur den Obrigkeiten der R.P.F. vorbehalten sind;
- eine Privatisierung, die eine harmonische sozio-ökonomische Entwicklung zugunsten der Gesundheit aller und der Einrichtung von Schulen zulässt;
- die Konten der Obrigkeiten, der Mitglieder der APR und des Kreises rund um die R.P.F. eingefroren werden, um all die zu entschädigen, die als Sklaven in der Demokratischen Republik Kongo missbraucht wurden, da dies den internationalen Arbeitsbestimmungen und den Menschenrechten widerspricht.

Wir bitten die internationale Gemeinschaft, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Hilfe zu konditionieren

- bzgl. der „good governance“;
- bzgl. der humanen Entwicklung; sowohl regional als auch ethnisch,
- bzgl. des Dialoges mit der ruandischen Diaspora und ohne die politischen Parteien zu vergessen;
- bzgl. des Friedens in der Region der Großen Seen Afrikas (des sofortigen Rückzugs aus der Demokratischen Republik Kongo);
- bzgl. der Respektierung internationaler Flüchtlingsabkommen.

Wir bitten die internationale Gemeinschaft, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika alles zu unternehmen, damit:

- zunächst die Soldaten des APR und die Mitglieder der Parteien UBUYANJA und MDR, verhaftet und gefoltert aufgrund ihres Kampfes für die nationale Versöhnung und für den Rechtsstaat, ohne weitere Bedingungen freigelassen werden;

- anschließend Tanzania, Brurundi, Uganda und die Demokratische Republik Kongo das Genfer Flüchtlingsabkommen respektieren, welches die Flüchtlinge betrifft, die sich dort befinden und sie nicht dem Regime in Ruanda auszuliefern, da dieses die Menschenrechte nicht respektiert.

. Wir sind sicher, dass mit dem heutigen Regime der R.P.F., kein transparenter Demokratisierungsprozess sowie keine sozio-ökonomische und humane Entwicklung realisiert werden kann.

Die Großmächte, Geldgeber, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika sollten uns diesen Weg der Demokratisierung gehen lassen, mit einer für alle gerechten Justiz; sie sollten uns diese Chance geben, da es der einzige Weg zur politischen Stabilität in Ruanda und reale menschlichen Entwicklung bleibt.

Dr. Ngiruwonsanga Tharcisse

Leipzig den 23.06. 2002

Vorsitzender

Akagera-Rhein e.V.